

Medienmitteilung

Basel, 11. September 2008

Die Initianten der Zürcher FDP-Initiative gegen das Beschwerde-Recht lancieren ihre Kampagne:

Lesehilfe zur Argumentationsführung der Initianten

Morgen, 12. September 2008, wird das Komitee um Frau Fiala die Kampagne zur Initiative der Zürcher FDP lancieren. Die Allianz von 23 Organisationen aus den Bereichen Natursport, Umwelt-, Natur- und Heimatschutz legt zu diesem Anlass Grundargumente vor. Das Parlament und die Organisationen haben längst auf Missbrauch-Vorwürfe reagiert: Die Gesetzesgrundlagen für das Beschwerde-Recht sind 2007 umfassend revidiert worden und die Umweltorganisationen arbeiten mit vermehrter Sorgfalt und Zurückhaltung.

Beat Jans von Pro Natura bedauert, dass die Initianten Demokratie und Rechtsstaat gegeneinander ausspielen wollen: *„Darunter werden nicht die Umweltorganisationen, sondern die Natur und die Lebensqualität der Bevölkerung leiden.“* Die Gesetze zum Schutz der Natur wurden demokratisch vom Parlament erlassen und zum Teil vom Volk gutgeheissen. Jans dazu: *„Unverständlich, dass sich Parlamentarier/innen dafür einsetzen, dass Gesetze durch Gemeindeversammlungen oder Behörden umgangen werden können.“*

Gegenwind von unverdächtiger Seite

Die Initiative wird von jenen Kreisen nicht unterstützt, für die sich die Initianten angeblich einsetzen:

- Die Organisation der Einkaufszentren-Betreiber, espace.mobilité (Coop, Migros, Ikea etc.) hält fest: *„Die Zürcher FDP-Initiative löst die anerkannten, verbleibenden wesentlichen Probleme beim Umweltschutz-Gesetz nicht. Der vom Parlament eingeschlagene Weg ist wesentlich zielführender als die Initiative.“*
 - Der Schweizerische Tourismusverband beschliesst Stimmfreigabe zur Initiative und vermerkt in der Stellungnahme zur UVP-Verordnung am 8. März 2008: *„Die Pflicht zur Prüfung der Umweltverträglichkeitsprüfung und das Verbandsbeschwerderecht haben in vergangenen Jahren wesentlich zur Verbesserung der Umweltsituation in der Schweiz beigetragen. Deshalb unterstützt der STV die durch Ständerat Hofmann eingeleitete Revision des Verbandsbeschwerderechts. Weitergehende Vorschläge oder gar die Abschaffung der Umweltverträglichkeitsprüfung unterstützt der STV nicht.“*
 - Die Delegierten des Gewerbeverbandes Basel-Stadt haben mit Veröffentlichung vom 9.9.08 die Nein-Parole zur Initiative beschlossen.
 - Rechtsprofessoren haben aufgerufen, die Initiative wegen staatsrechtlichen Bedenken abzulehnen. (Kontakt: Enrico Riva, Ordinarius für Öffentliches Recht, 031 381 72 87.)
- Mit der Lesehilfe zu den Argumenten der Initianten (Beilage) fassen die Umweltorganisationen die wichtigsten Fakten zusammen.

Für weitere Fragen: Beat Jans, Pro Natura, 076 346 86 43; François Turrian, ASPO/BirdLife Suisse, 079 318 77 75; Raimund Rodewald, Stiftung für Landschaftsschutz, 079 406 40 47; Philipp Maurer, Schweizer Heimatschutz, 044 254 57 00; Hans Peter Fricker, WWF, 078 850 19 49.

PS: Beat Jans wird am 12. September anlässlich der MK der Initianten vor Ort präsent sein.